

Fragen

**für die Fragestunde der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. November 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	35, 36	Meyer, Doris (Tapfheim) (CDU/CSU)	3, 4
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	40, 41	Mortler, Marlene (CDU/CSU)	1, 2
Dött, Marie-Luise (CDU/CSU)	7, 8	Niebel, Dirk (FDP)	33, 34
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	37, 38	Nitzsche, Henry (CDU/CSU)	29, 39
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	14, 15	Pau, Petra (fraktionslos)	20, 25
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)	5, 6	Pawelski, Rita (CDU/CSU)	16, 26
Koppelin, Jürgen (FDP)	27, 28	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) . . .	18, 19
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	21, 22	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	9, 30
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	12, 13	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	31, 32
Lensing, Werner (CDU/CSU)	10, 11	Spahn, Jens (CDU/CSU)	17
Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	23, 24		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordnete
**Marlene
Mortler**
(CDU/CSU) Wie ist die Position der Bundesregierung zum Einsatz von Aminosäuren im ökologischen Landbau?

2. Abgeordnete
**Marlene
Mortler**
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der Möglichkeit, dass mit Hilfe von Aminosäuren tierschutzrelevante Nährstoffdefizite wissenschaftlich nachweisbar gelöst werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordnete
**Doris
Meyer**
(**Tapfheim**)
(CDU/CSU) Wie ist der derzeitige Stand der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)?

4. Abgeordnete
**Doris
Meyer**
(**Tapfheim**)
(CDU/CSU) Warum sieht sich die Bundesregierung nicht in der Lage, die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Zukunftsorientierte und effiziente Gestaltung der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (Bundestagsdrucksache 15/818) vom 8. April 2003 innerhalb der ursprünglich von ihr selbst vorgesehenen Frist bis zum 31. Oktober 2003 – sondern nunmehr nur bis zum 31. Januar 2004 – zu beantworten?

5. Abgeordnete
**Kristina
Köhler**
(**Wiesbaden**)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Neuauflage des 100 000-Dächer-Programms?

- | | |
|--|---|
| 6. Abgeordnete
Kristina
Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Wie schätzt die Bundesregierung den Beitrag ein, den erneuerbare Energien mittel- und langfristig zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit leisten können, und auf welchen Grundlagen beruht diese Einschätzung? |
| 7. Abgeordnete
Marie-Luise
Dött
(CDU/CSU) | Welchen Termin hat die Bundesregierung für das Ende der Abstimmungsgespräche zum EEG zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vorgesehen? |
| 8. Abgeordnete
Marie-Luise
Dött
(CDU/CSU) | Wie viele Unternehmen haben die so genannte Härtefallregelung des EEG bislang in Anspruch genommen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|--|
| 9. Abgeordneter
Uwe
Schummer
(CDU/CSU) | Welche Zielvorstellung verbindet die Bundesregierung mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe zu Strukturfragen der Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die am 7. November 2003 zum ersten Mal tagen soll, und wann rechnet die Bundesregierung damit, abschließende Ergebnisse vorlegen zu können? |
| 10. Abgeordneter
Werner
Lensing
(CDU/CSU) | Wie ist der Arbeitsstand der Bundesregierung zu der angekündigten Erstellung einer Novelle zum bestehenden Berufsbildungsgesetz (BBiG), und zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung eine solche Novelle vorlegen? |
| 11. Abgeordneter
Werner
Lensing
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Stärkung des Angebotes an betrieblichen Ausbildungsplätzen? |

- | | |
|--|---|
| 12. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) | Wie hat sich das finanzielle Volumen der Förderung von Kooperationen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den EU-Beitrittsstaaten im Bereich Forschung und Entwicklung in den Jahren 1998 bis 2003 insgesamt entwickelt, und wie viele Projekte wurden in diesem Zeitraum gefördert? |
| 13. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen will die Bundesregierung bezüglich des jetzt auslaufenden Förderprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Verwertungsoffensive“ ergreifen? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU) | Seit wann war dem Bundeskanzler, Gerhard Schröder, und dem Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Frank-Walter Steinmeier, bekannt, dass aussortiertes, kernbereichsrelevantes Material (u. a. zahlreiche Schreiben des Lobbyisten D. H. an das Bundeskanzleramt sowie Leitungsvorlagen mit Anmerkungen der dort befassten Personen aus dem Jahre 1992 bis 1994, vgl. Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Bonn vom 2. Oktober 2003) im Bundeskanzleramt vorhanden sind? |
| 15. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU) | Hat der disziplinare Vorermittler im Bundeskanzleramt, Dr. Burkhard Hirsch, seinen Bericht vom 31. Mai 2000 für den Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Frank-Walter Steinmeier, mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass bestimmte Bedienstete bzw. frühere Bedienstete des Bundeskanzleramtes in dem Verdacht stehen, ihre beamtenrechtlichen Pflichten verletzt zu haben, und wenn ja, warum sind diese nicht als Betroffene vor der Anhörung von Dr. Burkhard Hirsch vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode am 28. Juni 2000 gehört worden, um sich frühzeitig sachdienlich verteidigen zu können? |
| 16. Abgeordnete
Rita Pawelski
(CDU/CSU) | Hat es hinsichtlich des vom Staatsminister beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, in der Befragung der Bundesregierung am 22. Oktober 2003 erwähnten Schreibens des Bundeskanzleramtes |

vom 16. Oktober 2003 (Plenarprotokoll 15/68, S. 5850 A) oder bezüglich des zugrunde liegenden Sachverhalts Gespräche zwischen dem Bundeskanzleramt und der Behörde des Generalstaatsanwalts in Köln gegeben?*)

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung eine ideelle wie finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes in „Huis Doorn“ (dem Exilsitz von Wilhelm II. in den Niederlanden) auch als Zeichen der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden für geboten, und wie ist der aktuelle Verhandlungsstand? |
| 18. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU) | Könnte nach Ansicht der Bundesregierung aus dem europäischen Verfassungsvertrag in seinem momentanen Entwurf ein Anspruch auf den Empfang von Sozialleistungen auch für jene EU-Ausländer abgeleitet werden, die sich in Deutschland ohne Arbeitnehmerstatus niederlassen? |
| 19. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU) | Wenn ja, mit welchem Ziel gedenkt die Bundesregierung im Verlauf der Verhandlungen der aktuellen Regierungskonferenz in Rom diesen Punkt zu verhandeln? |
| 20. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Welche Bilanz zieht die Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Soldaten an dem Einsatz der Eingreiftruppen EUFOR im Rahmen der Operation ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo? |

*) siehe hierzu auch Frage 26

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

21. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Waren nach Kenntnis der Bundesregierung dafür, dass nach Presseberichten am 28. Oktober 2003 (u. a. DER TAGESSPIEGEL vom 28. Oktober 2003: „König-Fahd-Akademie vor der Schließung“) die Fahd-Akademie in Bonn-Mehlem so gefährlich eingestuft wurde, dass ihr die Schließung durch die Bezirksregierung drohte, und am 29. Oktober 2003 nach Presseberichten (u. a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 2003: „Auflagen für König-Fahd-Akademie“) die Schule plötzlich doch nicht geschlossen werden soll, politische Gründe (Vermeidung politischer Verstimmung Saudi-Arabiens) oder tatsächliche/rechtliche Gründe (keine ausreichenden Verdachtsmomente) oder sonstige Gründe ausschlaggebend?
22. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung dazu, dass derzeit Großbritannien, Frankreich und Österreich ihre Asylgesetze deutlich verschärfen und in Deutschland seit 10 Jahren existierende zuzugsbeschränkende Regelungen wie die Drittstaatenregelung einführen, während die Bundesregierung auf nationaler Ebene ein zuzugserweiterndes Zuwanderungsgesetz durchsetzen will, und wie stellt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund sicher, dass die restriktiven Gesetzesmaßnahmen der genannten anderen europäischen Hauptaufnahmestaaten nicht zu neuen Flüchtlingsströmen nach Deutschland führen?
23. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) eine Mitarbeiterin in das Bundesministerium der Finanzen (BMF) abgeordnet hat, um mit Know-how und Ressourcen das BMF bei der Arbeit zu unterstützen, und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Lobbygruppen, Unternehmen und Vereinen sind im Jahr 2003 in Bundesministerien tätig gewesen (Quelle: Report Mainz vom 6. Oktober 2003)?
24. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, dass die abgeordneten Personen aus ihrer Tätigkeit in einem Bundesministerium einen Informationsvorsprung gegenüber der Konkurrenz gewinnen können, und wie will die Bundesregierung verhindern, dass durch solche Abordnungen Partikularinteressen von Lobbyisten einen prägenden Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen?

- | | |
|---|---|
| 25. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse ggf. auch von den Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer hat die Bundesregierung über Aktivitäten der rechtsextremen Organisation „Combat 18“ in Deutschland und über Verbindungen von rechtsextremen bundesdeutschen Organisationen zu „Combat 18“ in Großbritannien? |
| 26. Abgeordnete
Rita Pawelski
(CDU/CSU) | War Dr. Burkhard Hirsch als disziplinarer Vormittler im Bundeskanzleramt Beamter, und welchen konkreten „Verschwiegenheitspflichten“ sowie „datenschutz- und beamtenrechtlichen Normen“ unterlag er während bzw. nach seiner Tätigkeit (vgl. Antwort des Chefs des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, vom 9. Oktober 2003 auf die schriftliche Frage 6 des Abgeordneten Stefan Müller auf Bundestagsdrucksache 15/1677)?*) |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 27. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) | Trifft es zu, dass der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, Aktien im Wert von über 5 Mrd. Euro an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verkaufen will? |
| 28. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) | Wird die KfW in den kommenden Monaten aus ihrem Bestand Aktien verkaufen, um den Ankauf von Aktien aus dem Bestand des Bundes finanzieren zu können? |
| 29. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU) | Wann ist gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 2003 mit der befristeten Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei Fusionen von Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in den neuen Ländern zu rechnen, und welche Schritte wurden bisher unternommen (vgl. Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 15/1091, Abschnitt III, Ziffer 6, sowie Stellungnahme der Bun- |

*) siehe hierzu auch Frage 16

desregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrates vom 9. Juli 2003, Bundestagsdrucksache 15/1407, Anlage 2)?*)

30. Abgeordneter
**Uwe
Schummer**
(CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Berechnungen über die unterschiedlichen Belastungen der Bürger durch die Reformgesetze der Agenda 2010 einschließlich der geplanten Steuersenkung ab 2004, so wie das von der Bundesregierung auf ihrer Hardenbergklausurtagung vereinbart worden ist, und wenn ja, zu welchem Ergebnis kommen diese?

31. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung auf europäischer Ebene, um bei der Höhe der deutschen Nettobeitragszahlungen an die Europäische Union zukünftig auch die reale Wirtschaftskraft und die gesamtwirtschaftlichen Daten bei der Beitragsberechnung der Mitgliedsländer zueinander einzurechnen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Deutschland im Jahre 2002 rund 5,067 Mrd. Euro Nettozahlungen an die EU leistete, während Spanien mit rund 8,870 Mrd. Euro Nettoempfänger war, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wesentlich schlechter verlief?

32. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)

In welcher Weise und mit welchen konkreten Forderungen verbindet die Bundesregierung die Verhandlungen um die EU-Verfassung mit den Verhandlungen um eine Beitragsreduzierung bzw. Beitragseinfrierung Deutschlands (vgl. DIE WELT vom 22. Oktober 2003)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

33. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Trifft es zu, dass die Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Vorgriff auf das noch nicht abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bereits im August 2003 zur Umsetzung die Ausschreibung für das IT-Projekt Arbeitslosengeld II veranlasst hat, und wenn ja, wie beziffert sie den finanziellen Aufwand?

*) siehe hierzu auch Frage 39

- | | |
|---|--|
| 34. Abgeordneter
Dirk
Nebel
(FDP) | Welche Lösung plant die BA für das finanzielle und zeitliche Risiko? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Christoph
Bergner
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach 1 Mrd. Euro, die im Rahmen der Eingliederungsleistung der Arbeitsämter für Fort- und Weiterbildung vorgesehen waren, nicht umgesetzt werden, und wenn ja, wie bewertet sie diesen Umstand? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Christoph
Bergner
(CDU/CSU) | Wann gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der ihr im Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I) vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607) gegebenen Verordnungsermächtigung die Rechtsgrundlagen für eine Zertifizierung von Trägern für Weiterbildungsmaßnahmen zu schaffen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 37. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | In welchem baulichen Zustand befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Brücken der Bundesfernstraßen? |
| 38. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um Brücken, die sich in einem baulich kritischen oder baulich ungenügenden Zustand befinden, in Stand zu setzen? |
| 39. Abgeordneter
Henry
Nitzsche
(CDU/CSU) | Ist beabsichtigt, den kommunalen Eigenanteil bei der Aufwertung innerhalb des Stadumbauprogramms Ost auf Dritte zu übertragen?*) |

*) siehe hierzu auch Frage 29

40. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Bundesautobahn A 28 von Leer nach Delmenhorst insbesondere im Bereich Leer bis Apen/Remels gravierende Mängel aufweist, und wie erklärt sie vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass die A 28 nicht im aktuellen Bundesverkehrswegeplan berücksichtigt wurde?

41. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Beseitigung der größten Mängel bei der A 28, und wenn ja, wann soll diese erfolgen?

